

Die Konferenz der 16 Landesjugendringe in der Bundesrepublik Deutschland weist die inkompetenten Äußerungen der sächsischen Staatssekretärin, Andrea Fischer, zu den Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit des Freistaates entschieden zurück.



Jugendarbeit auf „Häkelkurse“ zu verunglimpfen, zeugt zum einen von ihrem fehlenden Verständnis der zivilgesellschaftlichen Potenziale des Engagements für Kinder und Jugendliche. Zum anderen dokumentiert sie damit ihre Unkenntnis über den gesetzlich garantierten Anspruch auf Förderung der Persönlichkeit aller junger Menschen, die sich aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ergeben.

Die Kürzungen gefährden die in den letzten 20 Jahren engagiert und mit bundesweit vereinten Kräften aufgebauten, inzwischen bewährten Strukturen der Jugendverbandsarbeit in ihrer Existenz.

Der Freistaat Sachsen verschlechtert wissentlich und vorsätzlich die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen jener Kinder und Jugendlichen, die in den kommenden Jahren Verantwortung für seine demokratische Gestaltung und kompetente Weiterentwicklung übernehmen sollen.

Er verzichtet auf die Mitwirkung des Kinder- und Jugendrings Sachsen e.V., seiner Mitgliedsorganisationen und deren pädagogischen Fachkräfte, in dem er ihnen ihre Arbeit unmöglich macht. Sachsen geht den falschen Weg.

Die Konferenz der Landesjugendringe fordert die sächsische Staatsregierung auf, die Kürzungen zurückzunehmen und die bestehenden Strukturen zu sichern und weiterzuentwickeln.

Jugendverbände haben durch das Heranführen junger Menschen an demokratisches Handeln, an verantwortungsvollen, toleranten Umgang miteinander und an ehrenamtliches Engagement in hohem Maß gesellschaftsbildende Wirkung: Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Sie geben Kindern und Jugendlichen auf deren Suche nach ihrem eigenen Lebensweg, ihren Werten und Haltungen vielfältige Räume zum Ausprobieren und begleiten sie mit Rat und Tat. Durch ihre starke Orientierung an den Bedürfnissen junger Menschen realisiert Jugendverbandsarbeit die Teilhabe und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen.

Der mit den jetzigen Kürzungen verbundene weitgehende Verzicht des Freistaates auf die Kompetenz seiner Jugendverbände und -vereine ist kurzsichtig und beschädigt die sächsische Zivilgesellschaft. Die sächsische Landesregierung provoziert mit ihrem jetzigen Vorgehen in den kommenden Jahren ein deutliches Mehr an Ausgaben z. B. in Polizei, Justiz und Strafvollzug. Eine leistungsfähige, nachhaltige und präventiv wirkende Jugend- und Jugendverbandsarbeit ist demgegenüber kostengünstiger und zukunftsfähiger.